

Der neue hessische Landbote

Magazin für Politik und Bildung

allbarn-verlag, Wiesbaden



Vorbericht

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird nicht verbeamtet, ja sogar, wer die Wahrheit liest, vielleicht bestraft.

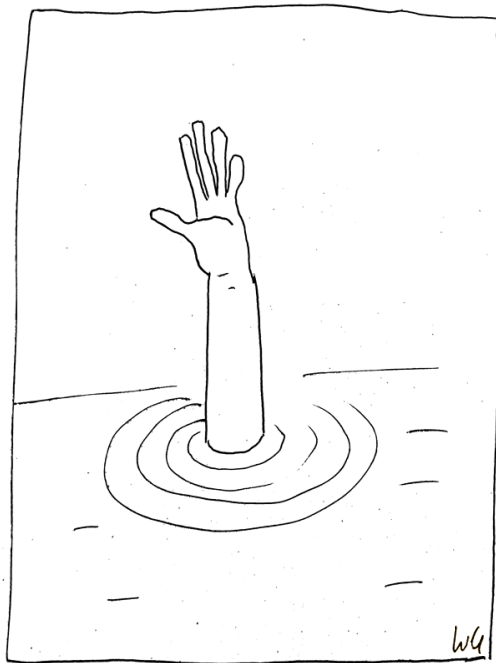
Darum haben die, welchen dieses Blatt zukommt, Folgendes zu beobachten:

1. Sie müssen das Blatt sorgfältig verwahren;
2. sie dürfen es nur an treue Freunde weitergeben;
3. denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;

4. würde das Blatt dennoch bei jemandem gefunden, der/die es gelesen hat, so muss er/sie gestehen, dass er/sie es eben der Leitung habe bringen wollen;
5. wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm/ihr findet, ist natürlich ohne Schuld.

Haushaltskürzung oder Die Kultur geht baden

An der Kultur zu sparen, ist immer eine der ersten Ideen, wenn Städte sparen müssen – und das muss Wiesbaden. Der Finanzrahmen des Kämmererentwurfs sieht für den Ergebnishaushalt für 2024 ein Defizit von 40,2 Millionen Euro, für 2025 von 42,4 Millionen, dabei soll hier mittelfristig eine schwarze Null stehen. Die Personalkosten steigen, ebenso die Transferleistungen – gleichzeitig schrumpfen die Rücklagen der Landeshauptstadt, Prognosen sehen für 2024 nur noch 40,9 Millionen (zum Vergleich: im Juni 2023 waren es noch 86,7 Millionen), 2025 sogar ein Minus von 6,5 Millionen. Die Stadt muss sparen, das ist klar – aber wo? Wie zu erwarten, beim Sozial- und Kulturretat: so sollen u.a. die freien Projektmittel von 500.000 Euro im Vorjahr auf 150.000 Euro



dass auch sie abgesagt werden mussten (und trotzdem unter dem Motto „Einöde im Westend verhindern“ am 06. Juli Läden, Ateliers und Hinterhöfe öffnen). Wie es nächstes Jahr weitergeht, ist offen. Welcher Spielraum den freien Kulturträgern überhaupt noch bleibt, um ihre Angebote mit den gekürzten städtischen Projektfördermitteln leisten zu können? Ungewiss. Ob die kulturelle Verödung der Stadt zunehmen wird? Gewiss, denn wer bei städtischer Kultur kürzt, kürzt bei der Lebensqualität. So sollte die Stadt den zwei Beschlussempfehlungen des Kulturbeirats – angemessene Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern und die Prüfung eines „Nothilfefonds Kultur“, dringend Gehör schenken. Denn der Haushalt 2025 ist noch nicht gemacht.

zusammengestrichen werden. Zum ersten Mal müssen die Ortsbeiräte Projekte priorisieren, weil nicht genug Geld da ist. Das Vorlese-Projekt „Lies mit mir“, Veranstaltungen wie „Wiesbaden tanzt“ oder der „Kunstsommer“ (siehe Sensor vom 30. November 2023) – abgesagt. Die „Kleinode im Westend“ mit wiesbadenweiter Resonanz sind so unterfinanziert,

Quellen:
Zahlen: Frankfurter Rundschau vom 10.11.2023; <https://www.fr.de/rhein-main/wiesbaden/wiesbaden-will-sogar-beim-vorleseprojekt-sparen-92667145.html>,
Beschlüsse des Kulturbeirats: www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt_Wiesbaden/141010100000466063.php
Sensor vom 30.11.2023: <https://sensor-wiesbaden.de/aufatmen-mit-aber-wiesbadens-kulturszene-bleibt-von-kuerzungen-verschont-auf-den-ersten-blick/>
Pressemeldung Kleinode: <https://kleinode-westend.de/>

Wiesbaden, Juni 2024

Inhalt dieser Ausgabe

POLITIK	1-2
Die Kultur geht baden	
Das C der CDU	
Das Koalitions-Sofortprogramm	
BILDUNG	3
Das Kultusministerium hat Influenzia!	
Schule schwänzen – influenzen	
Übrigens... Schutzraum Schule	
WORTMELDUNGEN	4
LeserInnenbeiträge	
Anzeigen	

Das Lebensarbeitszeitkonto: die Erinnerung daran, dass alles endlich ist außer der Verwaltung.

Anselm Sommerfeld

Impressum

Der neue hessische Landbote 1. Jg.

Verlag und Redaktion

allbarn-verlag wiesbaden
Christian Wollek (ViSdP)
Westendstraße 15, 65195 Wiesbaden
allbarn-verlag@gmx.de
www.allbarn-verlag.de

Druck

Gegendruck
Nettelbeckstraße 24, 65195 Wiesbaden

Für unverlangt Eigesandtes (Manuskripte, Rezensionen, Bilder etc.) wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers/ der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Das C der CDU – Klärung in Sicht

Lange Zeit gab es Ungewissheit darüber, wofür das C der CDU heute eigentlich steht: das Attribut „christlich“ ist ja schon länger unglaubwürdig. Ein möglicher Bericht.

Selbst überzeugten Parteimitgliedern kam sie oft nicht mehr ohne entschuldigendes Lächeln über die Lippen – die Christlichkeit der Union und der Bezug auf das „christliche Menschenbild“: nach und nach zur bloßen Phrase für Grundsatzklärungen und Wahlkampfauftritte verkommen, stellte sich schließlich die Frage, wofür heutzutage das „C“ in CDU eigentlich noch steht.

Manche versuchten zu helfen: Vorschläge wie „Centralistisch-Demokratische Union“ oder „Charismatische Denker Union“ erwiesen sich aber aus verschiedenen Gründen als nicht konsensfähig; und der zunächst begrüßten Idee, das „C“ könne einfach für die alte Schreibung

„conservativ“ stehen, wurde entgegengehalten, dass dann auch „cynisch“ eine plausible Option sein könnte. Insgesamt erwiesen sich die Diskussionen als kontraproduktiv und führten mitunter zu hässlichen Reaktionen beim politischen Gegner – etwa „CDU“ stünde eigentlich für „Chauvinistische Deutsche Union“ oder Schlimmeres.

Es folgte nun aber eine Lösung von unerwarteter Seite: ein nicht näher genanntes Frankfurter Institut für Sozialforschung hat kürzlich hessenweit eine vergleichende soziopolitische Studie durchgeführt und die Strukturen sowohl im bürgerlich-konservativen als auch in diversen Clan-Milieus untersucht. Überraschenderweise zeigten sich in zentralen Paradigmen wie der Besetzung gesellschaftlicher Positionen mit Verwandten und dynastischer Familienpolitik, einem weltoffenen Image nach außen bei strikt hierarchi-

scher Struktur nach innen sowie kreativem Rechtsverständnis in beiden Milieus eine so signifikante Ähnlichkeit, dass die Ergebnisse für den Namensgebungsprozess der CDU von Relevanz sein können. „In unserer Lesart könnte das „C“ in CDU durchaus für ‚Clan‘ stehen, CDU entsprechend etwa für ‚Clan-Union‘. Dabei könnte ‚demokratisch‘ durch ‚deutsch‘ ersetzt werden, zumal in Hessen, so eine Sprecherin des Instituts.

Hiermit scheint der gordische Knoten der notorischen Diskrepanz zwischen programmatischer und gesellschaftlicher Wirklichkeit endgültig durchzuschlagen. Auch in CDU-Kreisen wird flügelübergreifend Zustimmung signalisiert: „Ajo“, „So isses ebbe“ oder „Gott ist groß!“ lauten Äußerungen von Parteimitgliedern. Mal sehen, wie es weitergeht in Deutschland und Hessen. (aw)

Nächste Ausgabe: Das S der SPD.

Handlungskonzepte vorgestellt...

Das Koalitions-Sofortprogramm

Was erwartet Hessen und was wird womöglich schon umgesetzt? (Fortsetzung folgt)

Das Sofort-Programm „**11+1 für Hessen**“ der demokratisch-christlich-sozialen Koalition beinhaltet 12 Vorhaben der elf Ministerien und der Staatskanzlei. Im Nachtragshaushalt 2024 sind hierfür insgesamt 25 Millionen Euro vorgesehen.

<https://hessen.de/presse/sofort-programm-der-landesregierung>

Das **Finanzministerium** verspricht das von der CDU angekündigte Hessen-Geld ohne konkrete Einzelheiten, aber mit dem Ziel, noch in diesem Jahr mit den Auszahlungen zu beginnen. In der Kabinettsitzung am 22. April, die in einem Neubaugebiet stattfand, klärte Boris Rhein über die Zielgruppe auf: (künftige) Immobilienbesitzer. Schließlich muss das ‚Eigenheim‘ für viele (aber auch nicht für alle) erreichbar sein. Die zunehmende Zersiedlung und Versiegelung der Landschaft ist in keinem Fall ein Problem.

Das neu geschaffene **Digitalministerium** träumt von einem flächendeckenden Glasfasernetz in ganz Hessen und vergisst beim „Highspeed-Internet für alle“ die Nachteile für MieterIn-

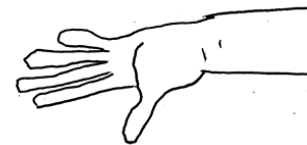
nen. Diese müssen im Zweifel für einen Glasfaser-Hausanschluss zahlen, auch wenn sie ihn nicht nutzen (so das Telekommunikationsgesetz 2021; Betroffene können aber das Haus auch kaufen und dann das Hessen-Geld bekommen).

Das **Ministerium für Bund und Europa** plant u.a. die GEMA-Befreiung bei Ehrenamtsveranstaltungen. Nutzungsrechte von Muskschaffenden können nicht aus dem Landessäckel bestritten werden, da dies vom Hessen-Geld beansprucht wird.

Das **Landwirtschaftsministerium** ruft schließlich noch für Freunde der Jagd die „Trendwende Wolf“ aus: „Wir wollen den Wolf jetzt bejagen, statt später bereuen“ – z.B. wenn es keine Wölfe zum Jagen mehr gibt. Also: Nicht lang klagen – jagen!

Vorläufiges Fazit: Dem Sofortprogramm fehlt es lediglich in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Wohnungsnot, Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit an Ideen. Dafür liegt der Fokus auf Immobilienbesitz. Für Hessen heißt das: die alten Maden im alten Speck. (ar)

(Quelle: <https://hessen.de/presse/sofort-programm-der-landesregierung>)



Das Kultusministerium hat Influenza!

Übel, hartnäckig, potentiell chronisch und hochansteckend – die influencer-Influenza, genannt *Influenzia*. Sie befällt besonders Schulverwaltungen und Ministerien, aber auch Schulleitungen sind nicht immun. Als typische Virusinfektion geht sie viral, indem sie pädagogische DNA zunehmend gegen Influencer-Erbgut austauscht. Wie ernst die Lage ist, zeigen verschiedene Verlautbarungen aus dem Kultusministerium, veröffentlicht am 18.06.2024 in einer Pressemitteilung anlässlich der neuen Initiative „Die Zukunft braucht Dich! Als Lehrerin oder Lehrer“:

In der Kampagne werden die Jugendlichen in einer Schulklasse zu „Followern“ [...], das Unterrichten zum „Influencen“, die Vertretungsstunde zum „Takeover“. Die aktuellen Slogans lauten unter anderem „Influencen kann man in Hessen studieren“ [...] oder „Sicher Dir

25 Follower pro Stunde.“

Bildungsminister Armin Schwarz (CDU) erklärt: „Lehrerinnen und Lehrer motivieren, stärken und trösten, nehmen durch ihre Begeisterung und engagierte Wissensvermittlung jeden Tag Einfluss auf die Zukunft junger Menschen. Sie sind Influencer im besten Sinn und das mit großer gesellschaftlicher Bedeutung.

Die Tatsache, dass es mit der hessischen Bildung so weit kommen konnte, dass solches möglich wurde, lässt eine längere Inkubation vermuten. An einem Antidot aber wird bereits gearbeitet. Ein erster Versuch: „Mit Können glänzen statt influencen.“ Wir halten auf dem Laufenden. (ad)

(Quelle: <https://hessen.de/presse/initiative-die-zukunft-braucht-dich-als-lehrerin-oder-lehrer-geht-in-die-naechste-runde>)

Schule schwänzen – influencen. Dopaminwelle an Schulen in Sicht

Ein Kommentar

„Ich befürchte eine neue Drogenwelle auf unsere Schulen zukommen.“ Armin Schwarz, hessischer Bildungsminister.

Vielen Dank für den Klartext, Herr Minister! Denn nachdem alle Unkenrufe über die Drogenwelle Cannabis von der Wirklichkeit ins Reich der Märchen verwiesen wurden, droht tatsächlich eine andere Welle die Schulen zu fluten: das medieninduzierte Dopamin. Grund hierfür ist die immer noch ungebremste Nutzung digitaler Medien (und neuerdings auch Socialmedia) im schulischen Kontext. Dies führt nicht nur zu messbaren Beeinträchtigungen im Realitäts-, Erinnerungs- und Denkvermögen junger Menschen samt Folgeerscheinungen, sondern macht im Gegensatz zu Cannabis auch *süchtig*. Der Versuch der Landesregierung, dieser Gefahr mit dem verstärkten Einsatz von Socialmedia im Unterricht entgegenzutreten (oder mit der Anwerbung von InfluencerInnen für den Lehrberuf, s.o.), gleicht dem Versuch, durch das Verteilen von Joints eine Drogenwelle zu bekämpfen, die es noch nicht einmal gibt. Das digitale Medienproblem indes ist real – handeln Sie, Herr Minister! (gh) (Quelle: <https://hessen.de/presse/bildungsminister-schwarz-kuendigt-massnahmenpaket-fuer-schulen-an>)

Tipp zum Thema: <https://www.arte-magazin.de/dopamin/>

Das Besoldungsklagenlied

Und auch als die Sach' sich entpuppte
als böse und korrupte,
sah man fast die gesamten
treuen Beamten
ihre Treue bezeugen
durch einvernehmliches Schweigen.
Schluss mit Subordinierung
war erst beim Thema Alimentierung.

ÜBRIGENS... Schutzraum Schule

Spätestens seit dem corona-bedingten Distanz-Unterricht ist klar, dass der „Schutzraum Schule“ nicht mehr existiert: Videokonferenzen öffnen den geschützten Bereich des Klassenraums in die Weite virtueller Welten, Lehrkräfte teilen bedenkenlos sensible Daten über Messenger, selbsternannte „Bildungsinfluencer“, unterwegs auf *TikTok* oder *Instagram*, vergessen ihre Verantwortung gegenüber den SchülerInnen. Das Klassenzimmer, eigentlich Ort vertrauensvoller Kommunikationen, wird so zum Raum personaler Selbstdarstellung auf Social Media Datenschutz ist old school: Digitalisierung first, Verantwortung second. (Quelle: TikTok@herrschmelzer)



Wortmeldungen zu „Gendern in Hessen“

Die Wortmeldungen müssen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion widerspiegeln, tun es aber meist.

Gott ist ein Rechtschreibrat

Ha! Das Gendern in hessischen Schulen wurde „abgeschafft“. Und dafür gab es ja auch gute Gründe. Besonders, wenn man Autoritäten liebt. Hochgehalten wird hier gerne der Deutsche Rechtschreibrat. Aber was ist dieses ominöse Gremium, das uns scheinbar den Mund verbieten kann? Der Rat besteht aus 41 ehrenamtlichen Mitgliedern, die die Sprachentwicklung des Deutschen beobachten. Der Rat beobachtet die Sprache im Internet, in den Medien, im Alltag und stellt dann Veränderungen und Entwicklungen fest. Aus diesen Beobachtungen macht der Rat für deutsche Rechtschreibung eine Empfehlung auf Grundlage einer beobachteten Mehrheit. Aber: Der Deutsche Rechtschreibrat kann nichts verbieten oder erlauben! In der Erklärung vom Dezember 2023 weist der Rat daraufhin, dass grammatische Folgeprobleme beim Gendern entstehen können. Er weist aber auch daraufhin, dass spätestens in der Sekundarstufe II die Bedeutung von Sprache und Geschlecht reflektiert werden kann. Was der Deutsche Rechtschreibrat nicht empfiehlt, ist eine Aufnahme des Genderns in das amtliche Regelwerk. Der Grund: „Der Rat für deutsche Rechtschreibung wird die weitere Schreibentwicklung beobachten, denn geschlechtergerechte Schreibung ist aufgrund des gesellschaftlichen Wandels und der Schreibentwicklung noch im Fluss.“ Einer der Hauptgründe ist schlicht und einfach, dass sich noch keine einheitliche Form des Genderns (sei es Doppelpunkt, Unterstrich oder Stern) durchgesetzt hat. Was Hessen daraus macht, ist die Handbremse ziehen: Wir bleiben jetzt einfach mal stehen mit der sprachlichen Entwicklung. Der Rat der Rechtschreibung hat gesprochen. Verdreht man seine Worte, entsteht ein Befehl. K. Hanen, Rheingau

Verbot bleibt Verbot

Zutiefst befremdlich ist der Versuch der Landesregierung, ein offensichtliches Verbot nicht als das auszuweisen, was es ist,

nämlich ein Verbot. So wird jetzt mit geradezu kaltschnäuziger Chuzpe AbiturientInnen ein konformer Schreibstil verordnet. Dabei geht es vorgeblich doch immer darum, die jungen Leute so gut wie möglich auf ihr späteres Leben vorzubereiten. Nun gut – wenn sich nun aber nicht alle bei der CDU bewerben wollen, sondern etwa bei NGOs, ist der geübte Gebrauch gendersensibler Sprache durchaus wichtig. Eben diese wird aber jetzt mit fadenscheinigen ‚Argumenten‘ verboten. im Fall des Abiturs sogar sanktioniert. Daher mein Vorschlag: Möge jede/jeder schreiben, wie er/sie will, tue es nur in schulischen Prüfungen und Arbeiten konsequent. So kämen alle ganz einfach zu ihrem Recht.

Dr. Alexander, Wiesbaden

Differenzieren statt Restringieren!

Weil die CDU in ihrem neuen Grundsatzprogramm behauptet: „Eine Überfrachtung der Menschen durch die Einführung gesellschaftspolitisch aufgeladener Sprachregelungen verunsichert, erschwert die Verständlichkeit und führt zu Konflikten“ (Grundsatzprogramm - (Grundsatzprogramm, S. 42), nimmt sie in Hessen fleißig politisch Einfluss. Aber wenn Schulen auf das „Gendern mit Sonderzeichen“ verzichten und sich am Rat für deutsche Rechtschreibung orientieren sollen (Koalitionsvertrag, S. 55), frage ich mich, warum dann der DUDEN selbst Gendern mit Schrägstrich (ein Sonderzeichen) als von der Rechtschreibregeln abgedeckt aufführt und der Rat für deutsche Rechtschreibung in einer ergänzenden Erklärung vom 15. Dezember 2023 schreibt: „Die Schule ist der Ort der Vermittlung der orthografischen Normen. Für sie wird deshalb ein differenziertes Vorgehen empfohlen.“

G. Boten, Kassel

Beispiel Bayern?

Da machen wir in Bayern aber besser – „Gendersprache“ wird bei uns in den Schulen nur angestrichen, aber nicht als Fehler. Max Söder, München

KONTAKTE

Sportlehrer sucht Traumfrau.

Du solltest sportlich sein, aber nicht sportlicher als ich. Mail an: sexy40@wmail.com

Beamter im höheren Dienst

mit abbezahlter Doppelhaushälfte sucht Pendant. Chiffre: Gehoben

Mein Leben war bisher ein endoplasmatisches Retikulum: ganz viele Hohlräume, labyrinthische Gänge, in denen ich immer falsch abgelenkt bin. Mail an Biggi.schulmail@hessen.de

Ich bin der Kredit, Du bringst die Zinsen. Lust? Chiffre: Gewinner

Hilf mir, einen Flughafen in der Nähe zu finden – mein Herz will mit dir abheben. Chiffre: Sabbatical

Ich kann alles – außer zuhören. Welche Frau bis Mitte 40 möchte mich, Studienrat (50) kennenlernen? Chiffre: Hoffnung

Das Leben ohne dich ist wie ein kaputter Rotstift. Melde dich! Biggi@schulmail.hessen.de

Auf meine erste Anzeige hat

sich niemand gemeldet. Melde dich@kmx.de

JOBS

Kein Studium? Nicht viel gemacht? Kein Problem! Werde Bildungsinfluencer! So hast du maximale Reichweite, die treuesten Follower und garantiert nur gute Likes! Online-Bewerbung an: Hessisches Kultusministerium für Chancen und Bildung.

Nachmittags frei haben? Sichere Bezahlung und unbefristete

Festanstellung? Dann werde Lehrer oder Lehrerin in Hessen. Deine Zukunft braucht dich! Chiffre: Du

Oberstudienratsstelle frei an Felix-Krull-Gymnasium. Die Anforderungen ergeben sich aus dem Erlass zum Ausschreibungs- und Auswahlverfahren zur Besetzung von Stellen vom 24. November 2017 (ABl. 1/18, S. 35 ff.). Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung! www.felix-krull-gymnasium.de

